

Die Richtlinien der Deutschbürgerlichen.

In der letzten Sitzung des gemeinsamen Vollzugsausschusses der deutschbürgerlichen Parteien wurden die nachstehenden Richtlinien beschlossen: Das Präsidium des Ausschusses Bürgermeister Dr. Weiskirchner, Abgeordneter Dr. Groß und Landmarschall Prinz Liechtenstein sprachen am vorigen Donnerstag beim Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic vor und brachten demselben die vom Ausschuss nunmehr endgültig festgesetzten „Richtlinien“ zur Kenntnis. Diese lauten:

Die christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter im österreichischen Parlament, der deutsche Nationalverband des Abgeordnetenhauses und die Wiener christlichsoziale Partei sind unter Wahrung ihrer Parteigrundsätze bereit, in sozialen, nationalen und gesamtstaatlichen Fragen zusammenzuarbeiten zur Erreichung folgender Ziele, und demnach:

1. Alle Kräfte zusammenzufassen zur Heilung der sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Krieges.

2. An dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche, das sich in der gegenwärtigen schweren Zeit so sehr bewährt hat, festzuhalten.

3. demgemäß:

a) einen innigeren wirtschaftlichen Zusammenschluß zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland gebenfalls nach Maßgabe der wirtschaftlichen Entwicklung die schrittweise Ausgestaltung zu einem Zoll- und Handelsbündnisse anzustreben.

b) Handelsverträge gemeinsam mit dem Deutschen Reiche gegenüber dritten Staaten abzuschließen und entsprechende Absatzgebiete sicherzustellen.

4. Änderungen der Verfassung, insoweit sie sich als notwendig erwiesen haben sowie auch die Änderung der Geschäftsordnung des Reichsrates zu erwirken.

5. Den Deutschen in Oesterreich jene Stellung zu sichern, die das Staatsinteresse erfordert.

6. Die Reform der staatlichen Verwaltung durchzuführen, die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden aufrechtzuerhalten und entsprechend den in den einzelnen Ländern bestehenden besonderen Verhältnissen und den Bedürfnisse

der Bevölkerung zu gestalten, in Böhmen die Preiseinteilung einzuführen und die deutschen Minderheiten in anderen Kronländern unter entsprechenden gesetzlichen Schutz zu stellen.

7. Bei der Durchführung der Sonderstellung Galiziens im Sinne des kaiserlichen Handschreibens vom 4. November 1916 darüber zu wachen, daß die Autonomie dieses größten österreichischen Kronlandes nicht zu einer Voderung des staatlichen Gefüges führe und daß dabei insbesondere die militärischen, finanziellen, verkehrspolitischen und sonstigen Staatsinteressen nach jeder Richtung gewahrt und gesichert werden.

8. Die Einführung der deutschen Staatsprache in einem dem Bedürfnisse des Staates und einer geordneten Verwaltung vollauf entsprechenden Maße festzulegen, wobei in den gemischtsprachigen Ländern den sprachlichen Erfordernissen der anderssprachigen Bevölkerung in Amt und Schule Rechnung zu tragen sein wird.

9. Ferner die Sicherstellung des deutschen Charakters der deutschen Länder und Landesteile, insbesondere der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, zu erwirken.

10. Bei der Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn die Interessen Oesterreichs nachdrücklich zu wahren.

Deutscher Nationalverband.

Ueber die Beratungen in der Vollversammlung des deutschen Nationalverbandes erfahren wir: Der Obmann des Verbandes Abg. Dr. Groß erstattete einen Tätigkeitsbericht des Vorstandes und teilte hierbei mit, daß die kürzlich gewählte Abordnung, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Groß, Wolf und Hummer beim Justizminister und beim Minister Doktor Baernreither in Angelegenheit der Zensur vorgesprochen habe. Es sei zu erwarten, daß eine erhebliche Besserung in den Zensurverhältnissen eintreten werde. Abgeordneter Hummer habe dem Justizminister über diese Angelegenheit auch ein detailliertes Memorandum überreicht. Bezüglich des Antrages der deutschen Agrarpartei wegen Rechnungslegung der Wirtschaftszentralen berichtete Abg. Dr. Groß, daß Handelsminister Dr. Urban durch einen Erlaß die Wirtschaftszentralen zur Rechnungslegung aufforderte. Nach Einlangen dieser Berichte werden sie auch publiziert werden. Sodann referierte der Obmann über die Angelegenheit der Eisenbahntarife und stellte fest, daß der vom deutschen Nationalverband gefasste Beschluß Erfolg hatte, wenn er auch zu einer Auseinandersetzung mit den industriellen Verbänden führte. Im übrigen werden die zwischen dem deutschen Nationalverband und den Industriellenvereinigungen diesbezüglich schwebenden Angelegenheiten in einer gemeinsamen Kommission vereinigt werden. Sodann legte Dr. Groß die an anderer Stelle bereits mitgeteilten Richtlinien, wie sie vom deutschen Nationalverbande und der christlichsozialen Vereinigung festgelegt worden waren, vor.

In der nun folgenden Debatte stellte Abgeordneter Dr. Steinwender namens des Vorstandes des deutschen Nationalverbandes den Antrag, die Regierung sei aufzufordern, die Vorbedingungen für die Einberufung des Reichsrates ehebaldest zu schaffen. Dr. Steinwender führte in Begründung dieses Antrages aus, daß der Antrag keinerlei Änderung in der früheren Haltung des Verbandes gegenüber der Einberufung des Reichsrates bedeute. Sodann wurde der Antrag Dr. Steinwenders angenommen.

Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der Lebensmittelversorgung und die Maßnahmen gegen Preistreiberi und Wucher. Ein Antrag des Abg. Rittinger, die Strafen gegen die vorerwähnten Delikte zu verschärfen, wurde angenommen. Abg. Hummer wandte sich gegen die Schwerfälligkeit der Geschäftsführung im Vorstande des deutschen Nationalverbandes und erörterte dann gleichfalls Fragen der Lebensmittel-, Kohlen- und Petroleumversorgung. Zu seinen Anregungen sprachen eine Reihe von Abgeordneten. Entsprechend einem Antrage des Abg. Hummer wurde der Beschluß gefaßt, daß alle in Wien anwesenden Mitglieder des Vorstandes des Verbandes und die in Wien anwesenden Verbandsmitglieder einen besonderen Ausschuß bilden, der sich vor allem mit der Durchführung und Verfolgung der Verbandsbeschlüsse auf dem Gebiet der Beschaffung der Bedarfsartikel zu befassen haben wird und jeweilig auch bei der Regierung einzuschreiten befugt sein soll.

Schließlich gelangte ein Antrag des Abgeordneten Dr. Damm zur Annahme, der sich mit der Beschäftigung landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeiter in der heimischen Wirtschaft befaßt.